

mundig auf die Finanzsituation des Landes und die Finanzsituation der Justiz aufmerksam gemacht worden. Wir haben es nicht bei diesen vollmundigen Forderungen bewenden lassen, sondern uns im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat mit großem Erfolg für eine angemessene Erhöhung der Gerichtsgebühren eingesetzt.

Nach zähem Ringen konnte im Sommer dieses Jahres unter maßgeblicher Beteiligung der nordrhein-westfälischen Landesregierung ein Gesetzespaket auf den Weg gebracht werden, das die Einnahmen der Justiz deutlich verbessert, ohne insbesondere für die bedürftigen Bürgerinnen und Bürger den Zugang zu den Gerichten einzuschränken.

Das Anfang Juli 2013 vom Deutschen Bundestag und vom Deutschen Bundesrat verabschiedete 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz hilft uns, auch in Zukunft qualitativ hochwertige Justizdienstleistungen anzubieten, und führt im Haushaltsjahr 2014 per Saldo zu Mehreinnahmen in Höhe von netto rund 57 Millionen € – ein beträchtlicher Betrag für eine auskömmliche Ausstattung der Justiz auch in Zukunft.

Meine Damen und Herren, der Haushaltsentwurf 2014 stellt sicher, dass die Funktionsfähigkeit der Justiz in Nordrhein-Westfalen auch unter den aktuellen Rahmenbedingungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes erhalten bleibt. Er schafft die notwendigen Voraussetzungen für eine effektive Erfüllung aller Aufgaben in der Justiz. Ich bitte Sie daher um Zustimmung zu diesem Entwurf.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Minister Kutschaty. – Ich darf Sie darüber informieren, dass die Landesregierung die Redezeit um gut eine Minute überzogen hat. Nichtsdestotrotz liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind am Schluss der Aussprache zum Einzelplan 04.

Wir stimmen ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/4404, den Einzelplan 04 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung Folge leisten? – Die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist gegen diese Beschlussempfehlung? – Die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, die Piratenfraktion und der fraktionslose Abgeordnete Stein. Damit ist der **Einzelplan 04 in zweiter Lesung angenommen.**

Ich rufe auf

**Einzelplan 03  
Ministerium für Inneres und Kommunales**

In Verbindung mit:

**Open Data endlich in NRW einführen – Landesregierung muss einheitliche Open (Government) Data-Plattform fördern, Strukturen schaffen und Kommunen unterstützen**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksachen 16/4438

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zum Einzelplan 03 Drucksache 16/4403.

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Kollegen Kruse das Wort. – Wir lassen uns noch ein paar Sekunden Zeit, weil momentan ein hoher Lärmpegel im Hause festzustellen ist.

(Lukas Lamla [PIRATEN]: Aufbruchstimmung!)

**Theo Kruse (CDU):** Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Seit gut dreieinhalb Jahren trägt diese rot-grüne Landesregierung mit Herrn Jäger als Minister für Inneres und Kommunales die Verantwortung für die kommunale Ebene, für die Strukturen der inneren Verwaltung, für die Behördenlandschaft, aber eben auch und nicht zuletzt für den inneren Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, für die innere Ordnung und die innere Sicherheit.

Parallel zu Ihrem hoffentlich zügigen Heilungsprozess, Herr Minister Jäger, den ich Ihnen von ganzem Herzen natürlich gönne, wünsche ich Ihnen allerdings auch eine verbesserte Einsicht in die Notwendigkeiten, vor denen wir in Nordrhein-Westfalen stehen. Denn in der Vergangenheit sind Sie Ihrer Verantwortung aus Sicht der CDU-Fraktion nicht gerecht geworden.

(Beifall von der CDU – Josef Hovenjürgen [CDU]: So ist es!)

Nordrhein-Westfalen hat Schulden bis zur Halskrause. Ja, wir müssen von einer Überschuldungskrise sprechen; denn mit einem Höchststand an Beschäftigten von ca. 445.000 im Dienst des Landes und einer Personalkostenquote von ca. 43 % steht Nordrhein-Westfalen vor erheblichen finanzpolitischen Veränderungsnotwendigkeiten, und dies bei stetig steigenden Pensionslasten. Sie neigen, Herr Minister Jäger, nach wie vor zu Aktionismus, zu Großrazzien und Blitzmarathons mit Pressebegleitung und zahlreichen überflüssigen PR-Gags, die ganz ohne Frage Ihren Bekanntheitsgrad erhöhen, aber in der Substanz wenig bringen.

(Beifall von der CDU – Minister Ralf Jäger: Jetzt haben Sie mir es aber gegeben!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, aus Sicht der CDU-Fraktion ist die öffentliche Hand nicht unterfinanziert. Rot-Grün muss sich nur fragen, wo Prioritäten gesetzt werden sollen. Mein von mir geschätz-

ter Kollege Optendrenk hat heute Morgen in der gebotenen Sachlichkeit gefragt, wie das Land eigentlich seine Aufgaben wahrnimmt. Hier hat die rot-grüne Landesregierung kein Gesamtkonzept, keinen strukturellen Optimierungsvorschlag, wie man die Landesverwaltung bei aufgabenkritischer Betrachtung zukunftsfest auf die Herausforderungen der Demografie anpassen muss.

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit gehört unbestritten zu den originären hoheitlichen Kernaufgaben des Landes, für deren Finanzierung der Staat, sprich das Land NRW, ebenso vorbehaltlos eintreten muss; denn der Rechtsstaat schuldet dem Bürger ein Höchstmaß an öffentlicher Sicherheit ohne Rücksicht darauf, was dies im Einzelnen für die Haushalte bedeutet.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Aber wir sollen sparen!)

Diese Verantwortung darf nicht aufgegeben werden. Der Staat hat vielmehr für eine funktionstüchtige Gefahrenabwehr, also namentlich für eine Polizei zu sorgen, die ihren Aufgaben, nämlich einer effektiven Gewährleistung von öffentlicher Sicherheit gewachsen ist.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen in NRW, in unserem Land ist eine Entwicklung festzustellen, dass sich nämlich die rot-grüne Landesregierung von dieser Verantwortung zunehmend verabschiedet. In Nordrhein-Westfalen boomt das private Sicherheitsgewerbe. Die Anzahl der Beschäftigten bei privaten Sicherheitsdiensten hat mit inzwischen mehr als 37.000 einen Höchststand erreicht, und zunehmend führt der bezahlte Einsatz der sogenannten schwarzen Sheriffs in zahlreichen Wohngebieten unseres Landes zum Rückzug des Staates – eine aus unserer Sicht außerordentlich besorgniserregende Entwicklung, die unverantwortlich ist. Sie führt nämlich zu einer Sicherheit erster und zweiter Klasse.

Die allgemeine Kriminalitätsbelastung ist in Nordrhein-Westfalen von 1980 bis 2012 um über 40 % gestiegen. In einzelnen Feldern sieht die Bilanz noch schlimmer aus. Bei den Wohnungseinbrüchen haben sich die Fallzahlen im gleichen Zeitraum mehr als verdoppelt, bei der Rauschgiftkriminalität nahezu verdreifacht und bei den Betrugsdelikten sogar verfünffacht.

Die explosionsartigen Zuwächse mit strukturellen Besonderheiten in Nordrhein-Westfalen zu rechtfertigen, gleicht einer Selbstaufgabe von Politik. Wenn hierzulande, so betonen Sie es immer, Herr Jäger, besondere Umstände die Kriminalität begünstigen, ist es Aufgabe der Landesregierung, mit besonderen Maßnahmen gegenzusteuern.

(Beifall von der CDU)

Aktionswochen und Flyer an Haushalte zu verteilen mit der Aufforderung an die Bürger, ihre Wohnun-

gen sicherer zu machen, sind kein Konzept, sondern in Wirklichkeit eine Bankrotterklärung. Einbruchskriminalität lässt sich nicht allein durch Prävention zurückdrängen. Mehr qualifiziertes Personal ist erforderlich.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Kollege Kruse.

**Theo Kruse (CDU):** Sie tragen hierfür, Herr Minister, die Verantwortung. Sie lehnen bis heute auch jeden noch so bescheidenen Vorschlag seitens der CDU-Fraktion ab. Stichwort: Polizeiverwaltungsassistenten. Diese lehnen Sie rigoros ab.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Kollege Kruse, Ihre Redezeit.

**Theo Kruse (CDU):** Wir brauchen eine intensive Aufgabenbewertung und auch eine Aufgabenkritik, der Sie sich bis heute verweigern.

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Haushalt vollzieht keine notwendige Konzentration auf die Kernaufgaben unseres Landes. Er leistet keinen Beitrag zur Verringerung der Staatsschulden. Er ist kein struktureller Gestaltungsvorschlag, ...

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Kollege Kruse, die Redezeit ist abgelaufen.

**Theo Kruse (CDU):** ... und deswegen lehnt die CDU-Fraktion den vorliegenden Einzelplan 03 ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Kollege Kruse. – Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion der Kollege Stotko.

**Thomas Stotko (SPD):** Besten Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Kruse, es hätten auch noch 20 Minuten werden können, es wäre nicht besser geworden. Ich will Ihnen das ganz deutlich sagen.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh, oh!)

Ich kann das den wenigen verbliebenen Kolleginnen und Kollegen der CDU auch erklären.

Ich will vorweg als Parlamentarier etwas erklären, weil mir das wichtig ist. Ich freue mich ernsthaft, dass wir es zum ersten Male zumindest in meiner Zeit der Regierungsverantwortung schaffen, einen Haushalt zu verabschieden, der noch im alten Jahr verabschiedet wird und damit den Betroffenen auch

Sicherheit für ein kommendes Jahr gibt. Als jemand, der zum ersten Mal in der Regierungsverantwortung steht, wollte ich das noch einmal betonen.

Zweitens finde ich den Punkt wichtig, der, wenn wir uns den Einzelplan 03 anschauen, klarmacht, unter welchen Sachzwängen Regierungen – ich gehe davon aus, gemeinsam mit der Opposition – stehen.

Denn wir benötigen allein fast 70 Millionen € mehr für das Thema „Asyl und Zuwanderung“ in unserem Land. Das ist ja ein Betrag, den wir uns nicht ausgesucht haben oder den wir als politischen Schwerpunkt produzieren, sondern wir werden dem gerecht, dass Menschen in anderen Ländern auf der Welt entweder unter Krieg, unter Armut oder unter Bedrohung ihres Lebens leben. Das ist eine Steigerung von 47 % in diesem Kapitel. Ich betone ausdrücklich, dass ich es enorm wichtig finde, dass wir dieses Geld als Nordrhein-Westfalen in die Hand nehmen für diese Menschen, die unter dieser Not, dieser Folter und diesen Kriegen leiden.

Das sind aber auch 70 Millionen, die in einem solchen Einzelplan erst einmal erwirtschaftet werden müssen. Ich finde wichtig, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern auch klarmachen, dass wir als Landesregierung nicht nur dieses Geld in die Hand nehmen, sondern zum Beispiel auch die Mittel für die Flüchtlingsberatung aufgrund eines rot-grünen Antrags erweitert haben.

Der nächste Punkt, der mir wichtig ist, ist auch ein Lieblingsthema von Ihnen, Kollege Kruse: Verwaltungsstruktur. Ich sage es einmal so: Da hatten Sie ja Zeit genug, was zu tun. Da haben Sie ja wie immer nichts getan.

Aber Sie haben in Ihrer Regierungsverantwortung die Bezirksregierungen auf unter 80 % Personalquote ausbluten lassen, sodass die ihre Arbeit nicht machen konnten.

Dankenswerterweise macht diese Regierung seit drei Jahren genau das Richtige. Sie sorgt dafür, dass überhaupt erst einmal wieder Menschen dort arbeiten, wo auch Arbeit anfällt. Ihren großen Versprechungen in diesem Bereich ist nichts gefolgt.

Der vierte Punkt, der mir auch wichtig ist: Wir modernisieren die Polizei dieses Landes. Wir nehmen Geld in die Hand – immerhin 16 Millionen € – für Polizeihubschrauber. Eine moderne Hubschrauberstaffel braucht man auch als Land Nordrhein-Westfalen, zum Beispiel auch nicht nur bei der Suche nach Straftätern, sondern auch nach Vermissten oder bei anderen Einsätzen. Das ist auch keine Selbstverständlichkeit.

Wir haben den kompletten Fuhrpark der Polizei erneuert. Im Gegensatz zu Ihnen bauen wir den Digitalfunk auf, wofür wir im letzten und in diesem Jahr insgesamt 140 Millionen € aufgewendet haben werden.

Wir sorgen übrigens auch dafür, dass die DNA-Analysen, die in Ihrer Verantwortung liegegeblieben sind, endlich ausgewertet werden, um zum Beispiel bei der Einbruchskriminalität Spuren besser auswerten zu können.

Wenn ich mir dann anschau, Kollege Kruse – ich wollte es ja kurz machen, weil es auch ein bisschen spät ist, aber das schadet Ihnen ja nicht –, Ihr Lamentieren über mehr qualifiziertes Personal: Da können Sie gerne laut klatschen und sagen, das fänden Sie gut. Der Punkt ist doch nur: Genau das Gegenteil haben Sie für diesen Haushalt beantragt. Sie haben für diesen Haushalt beantragt, 16 Millionen € im Einzelplan 03 beim Personal der Polizei einzusparen. 16 Millionen € sind 320 Polizistinnen und Polizisten pro Jahr. Sie wollen das über fünf Jahre bis 2018 einsparen.

Sie stellen sich hierhin, predigen den Leuten Wasser. Und was passiert? Sie schenken sich den Wein ein und hauen die Polizisten raus aus unserem System.

Im Gegensatz zu Ihnen, 1.600 Polizisten einzusparen, stellen wir mit unserer Regierung bis zum Jahr 2018 2.000 mehr ein, nämlich statt 1.100 1.500 pro Jahr. Das haben Sie weder geschafft noch gewollt. Der Unterschied macht über 3.500 Polizisten mehr in Nordrhein-Westfalen dank dieser Landesregierung aus. Ich bin sehr stolz darauf, dass die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen so gesichert ist. Deshalb ist das kein bescheidener, sondern ein ziemlich schlechter Vorschlag, wie er von Ihnen, von der CDU, kommt.

Letztlich kann ich Ihnen nur sagen: Von Ihnen kommen keine klugen Hinweise über unseren Haushalt. Wir sind uns hingegen unserer Verantwortung bewusst und nehmen Geld für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in die Hand.

Als Letztes zum Antrag der Piraten, damit er nicht zu kurz kommt, zum Thema „Open Government“: Ich denke, wir sollten keinen Zwang ausüben. Wir haben kommunale Selbstverwaltung. Ich meine schon, dass gemeinsam mit den Kommunen eine Lösung gefunden werden kann, Informationen breit zur Verfügung zu stellen. Der Prozess Open NRW befindet sich dank unseres Koalitionsvertrages auf einem guten Weg. Wir sollten keine Empfehlungen vorschreiben, sondern allen Betroffenen die Gelegenheit bieten, sich einzubringen.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Kollege.

**Thomas Stotko (SPD):** Ich habe meine Redezeit nicht ausgeschöpft. Wir werden dem Haushalt zustimmen. – Danke.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Kollege Stotko, wenn Sie bitte noch kurz am Mikrofon bleiben. – Ich

wollte Sie gerade in Ihrem Satz nicht unterbrechen. Nichtsdestotrotz liegt noch eine Wortmeldung vom Kollegen Lohn vor. Wollen Sie die abschließend noch zulassen?

**Thomas Stotko** (SPD): Ja, ich habe Zeit.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Dann bekommen wir einen kleinen Nachschlag. Herr Kollege Lohn, bitte schön.

**Werner Lohn** (CDU): Vielen Dank für die Gelegenheit, nachfragen zu dürfen. – Herr Stotko, ich habe Ihren Ausführungen aufmerksam gelauscht. Sie haben sich selbst in den höchsten Tönen gelobt.

(Thomas Stotko [SPD]: Mich? Die Regierung!)

– Ja, Ihre Regierungsarbeit. Wie kommt es denn dann, dass die Aufklärungsquote kontinuierlich sinkt und dass keine Verbesserung in der Kriminalitätsbekämpfung festzustellen ist, wenn Sie doch so glorreiche Taten vollbringen?

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Thomas Stotko** (SPD): Herr Kollege Lohn, ich glaube nicht ernsthaft, dass ich behauptet habe, die Aufklärungsquote zum Beispiel in der Einbruchskriminalität sei gut oder ausreichend. Darum geht es doch gar nicht.

Es geht darum, dass Sie mit 1.600 Polizisten weniger dafür sorgen, dass die Quote noch schlechter wird. Wir werden sie verbessern durch mehr Polizeibeamte. Das ist der Unterschied.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Stotko. – Für die FDP-Fraktion hören wir jetzt den Kollegen Dr. Orth.

**Dr. Robert Orth** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Stotko, ich empfehle Ihnen, sich doch einmal mit der Realität in Nordrhein-Westfalen auseinanderzusetzen. Fahren Sie zum Beispiel einfach einmal in die Heimatstadt unseres Innenministers Jäger. Da werden Sie die Nachwirkungen der Loveparade feststellen mit einem verunglückten Polizeieinsatz. Da werden Sie feststellen, dass da Salafisten nicht nur bei der Polizei beschäftigt wurden. Da werden Sie feststellen, dass da Rocker durch die Stadt ziehen und der Minister sich mit denen auch noch ablichten lässt. Sie werden auch feststellen, dass die Einbruchquoten dort ganz mies sind und die Aufklärungsquoten gegen Null tendieren wie das Zinsniveau in der Eurozone. Leben Sie eigentlich in die-

ser Realität, Herr Kollege Stotko? Oder wollen Sie uns allen Ernstes hier weiter diese Märchen erzählen?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Der Haushalt des Innenministers ist in Relation zu anderen Haushalten riesengroß. Aber das Ergebnis ist mehr als mager und mau.

Nehmen wir den Digitalfunk. Den loben Sie hier. Gehen Sie mal bitte ins Gericht. Da ist Ende im Gelände mit dem Digitalfunk.

Oder seien Sie von einem Einbruch betroffen und rufen den Notruf, in Köln, in Düsseldorf, wo auch immer. Leider besetzt. Da geht keiner dran. Das ist die Realität in Nordrhein-Westfalen, lieber Kollege Stotko.

(Thomas Stotko [SPD]: Das ist doch Quatsch! Hanebüchener Unsinn!)

Ich hatte mir gewünscht, dass Sie uns Hoffnungen machen, dass sich dieser unerträgliche Zustand hier bald mal ändert. Aber da kam gar nichts.

(Beifall von der FDP)

Dann sagen Sie, beim Einbruch werde jetzt die DNA festgestellt. Das ist ja super. Aber was ist denn dann mit den Aufklärungsquoten, die alle Redner hier beklagen, die auch Sie beklagen? Da haben Sie immer noch nichts zuwege gebracht.

Und was ist mit der Bezirksregierung und dem Ausbau der Verwaltungsstellen? Warum haben wir die ganzen Verwaltungsstellen denn abgeschafft? Wir haben das Widerspruchsverfahren abgeschafft. Dann gibt es auch weniger Arbeit. Entweder führen Sie das Widerspruchsverfahren wieder ein – dann brauchen Sie auch die Leute –, oder Sie lassen es, was vernünftiger ist. Dann müssen Sie aber auch niemanden mehr einstellen, meine Damen und Herren. Wir müssen endlich aufhören, uns selbst zu verwalten.

(Beifall von der FDP)

Außerdem erzählen Sie die schöne Mär von mehr Polizisten. Wir haben ausgebildet, was man ausgebildet. Aber niemand – auch Sie nicht – würde Polizisten ausbilden, die man erst zehn Jahre später braucht, Herr Kollege Stotko.

(Minister Ralf Jäger: Wieso das denn nicht?)

Sie haben bei sich in der Kanzlei auch keine Angestellten ausgebildet, die Sie erst in zehn Jahren brauchen, sondern die bilden sie so aus, wie es notwendig ist.

Wenn Sie denn wenigstens genug ausbilden würden, dann müssten Sie jetzt richtig Geld in die Hand nehmen. Das tun Sie aber nicht, weil Ihr eigener Koalitionspartner, die Grünen, das gar nicht will. Die Grünen wollen ja weniger Polizisten. Das sagen sie auch. Der Kollege Priggen hat das schon bei den

Koalitionsverhandlungen gesagt. Wir kriegen auch im Ausschuss zu hören: Wir müssen ja auch an die Demografie denken.

(Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE])

Lieber Kollege Stotko, liebe Grüne, die Demografie macht Nordrhein-Westfalen nicht kleiner. Die Streifenfahrten werden nicht kürzer, weil weniger Menschen in Nordrhein-Westfalen leben. Wir brauchen Polizisten in der Fläche.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Schauen Sie sich doch einmal den Bericht zur Zukunft der Motorradpolizisten an, den wir bei der nächsten Sitzung des Innenausschusses besprechen werden. Wir haben einmal nachgefragt, wie es denn da aussieht. Mies sieht es aus. Immer weniger Kradfahrer sind in Nordrhein-Westfalen unterwegs. Mir sind zwei Kradfahrer lieber als ein Streifenwagen mit zwei Polizisten, meine Damen und Herren. Das bringt objektiv und subjektiv mehr Sicherheit in Nordrhein-Westfalen.

So könnte man die Liste weiter fortsetzen. Ja, wir setzen viel Geld für die Anwerbung neuer Polizistinnen und Polizisten ein. Das finde ich gut. Dann darf man das aber, bitte schön, nicht mit diesem unterirdischen Video machen, für das man sich schämen muss, weil der Polizeiberuf in den Schmutz gezo-gen wird und der Respekt vor den Beamtinnen und Beamten verloren geht. Das ist jedenfalls keine Politik, die ich mir wünsche. Ich wünsche mir eine bessere Arbeit für Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren.

In diesem Sinne kann ich nur sagen: Falsche Prioritäten! „PP“ steht für mich nicht mehr für Polizeipräsident, sondern für puren Populismus – unterzeichnet von Herrn Jäger.

(Lachen von den GRÜNEN)

Ich wünsche mir, dass das bald anders wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Dr. Orth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Schäffer.

**Verena Schäffer (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte meinen Redebeitrag mit einem etwas ernsteren Thema beginnen; denn mir ist es wichtig, dass wir hier auch noch einmal über das Thema „Flüchtlinge“ sprechen, das ebenfalls zum Bereich der Innenpolitik gehört.

Weltweit sind 45 Millionen Menschen auf der Flucht. Bis zum Jahresende werden in Deutschland rund 100.000 Menschen erwartet, die einen Erstantrag auf Asyl stellen, davon ca. 20.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen. Man kann also wahrlich nicht

davon sprechen, dass das eine Überforderung der Gesellschaft sei. Vielmehr liegt es schlichtweg in unserer Verantwortung – da sind wir uns hoffentlich auch einig –, dass auf der Flucht befindliche Menschen in Deutschland Schutz bekommen und dass wir uns dieser Verantwortung auch hier in Nordrhein-Westfalen stellen.

NRW gibt für Flüchtlinge im Haushaltsjahr 2014 insgesamt knapp 209 Millionen € aus. Das bedeutet – das hat der Kollege Stotko auch schon gesagt – ein Plus von knapp 70 Millionen € im Vergleich zum Vorjahr.

Aufgrund der steigenden Zahlen von Asylsuchenden steigen die Landeszuweisungen an die Kommunen im Rahmen des Flüchtlingsaufnahmegesetzes, das wir hier gleich auch noch diskutieren werden, um rund 27 Millionen € auf insgesamt 91 Millionen €. Als Land lassen wir die Kommunen da nicht alleine, was die Mehrkosten angeht. Das werden wir im Rahmen des Flüchtlingsaufnahmegesetzes beschließen.

Wir werden aber – auch das hat Kollege Stotko schon gesagt – im Rahmen eines Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen 400.000 € zusätzlich für die soziale Beratung von Flüchtlingen zur Verfügung stellen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Damit stehen insgesamt 3 Millionen € für freie Träger zur Unterstützung Asylsuchender zur Verfügung. Ich finde das richtig und denke, dass wir damit auch unserer Verantwortung gerecht werden.

Nichtsdestotrotz darf man nicht vergessen, dass es immer wieder rechtspopulistische Kräfte gibt, die die Themen „Asyl“, „Flüchtlinge“ und „Flüchtlingsschutz“ für sich ausnutzen. Deshalb möchte ich hier noch einige Sätze zum Thema „Rechtsextremismus“ verlieren, obwohl das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus und Rassismus in einem anderen Einzelplan angesiedelt ist, nämlich im Einzelplan 07 des MFKJKS.

Wir setzen auf den Dreiklang von Prävention, Opferschutz und Repression. Wir stellen Geld für Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt, für mobile Beratungsteams und für dieses Landesprogramm, das wir mit der Zivilgesellschaft gemeinsam ausarbeiten, zur Verfügung.

Zum Thema „Zivilgesellschaft und Ehrenamt“ möchte ich auch noch etwas sagen, und zwar im Zusammenhang mit den Haushaltsmitteln für die Feuerwehr. Wir haben im Einzelplan 03 eine neue Titelgruppe für das Ehrenamt in der Feuerwehr geschaffen. Damit stellen wir Gelder für eine Ehrenamtskampagne zur Verfügung. Schließlich muss man sich vor Augen führen, dass 73 % der Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen auf rein ehrenamtlicher Basis arbeiten. Diese müssen wir stärken. Das ist auch

notwendig, um die Infrastruktur insbesondere im ländlichen Raum weiterhin aufrechtzuerhalten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Gerne will ich aber auch auf die Polizei eingehen. Hier sind gerade schon sehr kruse Sachen gesagt worden

(Lachen von der CDU)

– sehr krude Sachen gesagt worden; Entschuldigung; es war wirklich ein Versprecher –, was die Polizei angeht. Festzustellen ist eine totale Realitätsverweigerung bei der FDP, wenn die FDP hier sagt, die Grünen wollten Stellen abbauen. In Wahrheit will die CDU die Stellen abbauen.

(Lachen von der CDU)

Sie hat den Änderungsantrag gestellt, 16 Millionen € im Personaletat der Polizei einzusparen. Das halte ich für unverantwortlich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber auch die FDP muss erkennen, dass wir in Nordrhein-Westfalen eine Alterung bei der Polizei haben und dass wir nicht sagen, es gebe wegen des demografischen Wandels der Gesellschaft weniger Straftaten.

Nein, es gibt eine Alterung bei der Polizei. Es wird in den nächsten Jahren mehr Pensionierungen als Neueinstellungen geben. Wir stellen zwar eine hohe Zahl von neuen Polizistinnen und Polizisten ein. Sie kommen im Haushaltsjahr 2014 das erste Mal auf den 1.400 Stellen, die wir neu geschaffen haben, an. Das sind die Polizeibeamtinnen und -beamten, die 2011 in die Ausbildung gegangen sind. Sie kommen jetzt im nächsten Haushaltsjahr an. Wir haben gesagt, dass wir noch mehr ausbilden wollen, um die Abbrecherquote zu kompensieren. Trotzdem müssen wir uns bewusst sein, dass es mehr Abgänge geben wird als Neueinstellungen. Das kann man ganz klar ausrechnen, wenn man sich die Altersstruktur anschaut.

Auch dem muss sich die FDP stellen. Wir haben die Verantwortung, dass die innere Sicherheit nicht darunter leidet. Wir müssen Aufgabenkritik betreiben und Strukturen optimieren, damit wir weiterhin Polizistinnen und Polizisten auf der Straße haben.

Noch ein paar Sätze zum Thema „Open Government“, weil wir die Haushaltsberatungen, die für den großen Einzelplan 03 eigentlich viel zu kurz ange-setzt sind, in Verbindung mit dem Antrag der Piraten zu Open Data führen.

Die Koalition hat vereinbart, dass wir eine Open-Government-Strategie mit den Zielen Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit brauchen. Diese Strategie soll im Januar 2014 verabschiedet werden. Wir haben das auch finanziell noch einmal untermauert. SPD und Grüne haben entsprechende Änderungsanträge zum Haushalt eingebracht. Wir

stellen ein bisschen mehr als 1 Million € – das finde ich sehr viel, wenn man sich insgesamt anguckt, unter welchen Sparzwängen wir stehen – für die Open-Government-Strategie zur Verfügung.

Wir freuen uns auf die weiteren Beratungen mit den anderen Fraktionen dazu und haben auch noch das Informationsfreiheitsgesetz vor uns, das wir weiterentwickeln wollen zu einem Transparenzgesetz. Wir freuen uns auf die Diskussion dazu. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Christof Rasche [FDP]: Zehn Minuten!)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die Piratenfraktion spricht jetzt der Kollege Herrmann.

**Frank Herrmann (PIRATEN):** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Schäffer, die Zeit ist wirklich zu kurz, um alle Punkte zusammen zu beraten. Ich mache einen kleinen Zeitsprung zum Juni dieses Jahres. Da sagte Innenminister Jäger anlässlich der Freischaltung des Internetportals für die Onlinebewerbungen bei der Polizei NRW: Wir wollen die besten und motiviertesten Absolventen eines jeden Jahrgangs.

Ein frommer Wunsch, denn um im Wettbewerb um qualifizierte Nachwuchskräfte bestehen zu können, ist es unerlässlich, im Einzelplan 03 auch den passenden Rahmen für die Mitarbeiter zu schaffen. Genau diesen Mitarbeitern haben wir in den letzten Jahren mit Kürzungen und Personalabbau eine Menge zugemutet. Im Haushaltsplan sucht man vergebens nach Verbesserungen. Dass Polizei und Feuerwehr dennoch Großartiges leisten und für ein hohes Sicherheitsniveau in diesem Land sorgen, ist ihnen hoch anzurechnen. – Dafür ein aufrichtiger Dank.

Die Probleme für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich dabei nicht verringert, sondern sind größer und vielschichtiger geworden. Die zusätzlichen Polizisten, gerade einmal 1.400, sollen für mehr Sicherheit bei Großveranstaltungen eingesetzt werden, gegen die organisierte Kriminalität, für mehr Prävention, für mehr Blitzmarathons und auch für die Bekämpfung der Einbruchsdiebstähle, die zunehmen.

Gleichzeitig aber bleibt das Dienstrecht auf der Strecke. Die Beamtinnen und Beamten in diesem Land haben es verdient, dass sieben Jahre nach der Föderalismusreform endlich ein neues, auf das Land NRW angepasstes Dienstrecht auf den Weg gebracht wird. Andere Bundesländer wie zum Beispiel Baden-Württemberg, Bayern, Schleswig-Holstein sind uns hier schon weit voraus.

Auch warten wir darauf, dass endlich die hohen Krankenstände in Angriff genommen werden. Das

hätte im Haushalt entsprechend abgebildet werden müssen. Bislang sehe ich hier aber nichts, obwohl Ihnen die erschreckenden Zahlen mit unserer Großen Anfrage schwarz auf weiß präsentiert wurden.

Sicherheit sollte auch kein Privileg für Menschen werden, die das nötige Kleingeld in der Tasche haben, sondern für alle Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen gleichermaßen gelten. Der Trend geht jedoch derzeit hin zur Rekrutierung von privaten Sicherheitsleuten, wobei das Motto „Privat vor Staat“ der Vorgängerregierung offensichtlich wieder aufgegriffen wird. Genau das wollten Sie, liebe Landesregierung, doch endlich stoppen. Oder irre ich mich da? Wie dem auch sei, durch diesen Trend wird bei einigen Bürgerinnen und Bürgern ein rein subjektives Sicherheitsgefühl geschaffen, während sich die Kriminalität vielleicht einfach nur in Wohnbereiche verlagert, in denen man sich keine privaten Sicherheitsdienste leisten kann. Ich frage Sie, sehr geehrte Damen und Herren – damit bin ich auch bei Herrn Kruse –: Sind wir auf dem Weg in eine Zweiklassensicherheitsgesellschaft?

Wir begrüßen die Erhöhung der Mittel für Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge. Das ist gut, und es ist angesichts der Anzahl der Menschen, die Schutz suchen, auch selbstverständlich, dass das Land mehr Geld zur Verfügung stellt. Es reicht aber vorne und hinten nicht. Im Moment stellt die Flüchtlingsversorgung die Kommunen vor große Herausforderungen. Innenminister Jäger hat es schon einmal angemerkt: Zug um Zug müssen die Kommunen hier mehr entlastet werden. Darüber werden wir noch an anderer Stelle zu beraten haben.

Zuletzt komme ich zu unserem politischen Antrag, der hier mitberaten wird, der mit unserem Haushaltsänderungsantrag einhergeht: Open Data braucht klare Regeln und Strukturen, um das volle Potenzial auszuschöpfen. Dafür brauchen wir einen Leitfaden, der es allen Kommunen ermöglicht, einheitlich mit dem Thema „Open Data“ umzugehen, insbesondere im Bereich der Lizenzierung und der Formatierung. Wie in unserem Entwurf zum Transparenzgesetz für Nordrhein-Westfalen beschrieben, wäre es erstrebenswert, dies zusammen mit den Kommunen zu entwickeln, um die positiven Erfahrungen der Pioniere auf diesem Gebiet einfließen zu lassen.

Darüber hinaus ist es notwendig, dass auch technisch gesehen Standards etabliert werden und Kommunen bei der Veröffentlichung von Daten nicht alleingelassen werden. Die von uns geforderte Open-Data-Plattform soll den Kommunen daher kostenneutral zur Verfügung gestellt werden. Damit ist sichergestellt, dass diese Plattform auch einheitliche Schnittstellen hat. Aus unserer Sicht sind das die Grundvoraussetzungen, um überhaupt weiter über Open Data in NRW sprechen zu können. Es hilft nicht, wie bereits durchgesickert, mehrere Hun-

dert Seiten Papier aufzusetzen. Wir müssen handeln, und zwar jetzt.

Was den Haushaltsplan angeht, empfehle ich meiner Fraktion, diesen in der jetzigen Form abzulehnen, und freue mich auf die Beratungen zu unserem Antrag „Open Data“ in den Ausschüssen. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Kollege Herrmann. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

**Ralf Jäger,** Minister für Inneres und Kommunales: Danke sehr, Herr Präsident. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor zwei Jahren hat der Einzelplan 03 eine große Aufmerksamkeit erzielt. Er ist damals von den Oppositionsparteien abgelehnt worden, was bekanntermaßen Neuwahlen in diesem Bundesland ausgelöst hat.

(Zuruf von den GRÜNEN: Aha!)

Heute, bei dem Niveau der Debatte über den Einzelplan 03 – das gilt zumindest in Teilen –, kann man froh sein, dass sie um 19:36 Uhr stattfindet und viele Bürgerinnen und Bürger sie nicht mehr mitbekommen; denn das, was hier zum Teil vorgetragen worden ist,

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Das ist doch lächerlich!)

trägt dem Stellenwert, den die Sicherheit in der nordrhein-westfälischen Landespolitik haben sollte und wie man mit Polizeibeamtinnen und -beamten in diesem Land umgehen sollte, überhaupt nicht mehr Rechnung.

(Beifall von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, neben all dem, was uns trennt: Versuchen wir uns doch einmal auf das zu konzentrieren, was uns möglicherweise einen könnte. Einen könnte uns vielleicht der Grundsatz, dass trotz aller Haushaltsschwierigkeiten im Bereich der inneren Sicherheit in diesem Land möglichst nicht gespart werden sollte, dass es Aufgabe der Landesregierung ist, mit den vorhandenen Mitteln dafür zu sorgen, dass in diesem Bundesland die Bürgerinnen und Bürger sicher leben können.

Was uns auch noch einen sollte, ist die Tatsache, dass wir, wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, dass die Menschen möglichst sicher leben, eine leistungsstarke Polizei in Nordrhein-Westfalen brauchen.

Wenn wir uns einig sind, wenn es um die Sicherheit der Menschen in diesem Land geht, geht es auch darum, dass wir einen leistungsstarken Brandschutz und eine gut aufgestellte Feuerwehr in diesem Land

haben müssen. So weit, so gut. Ich hoffe, meine Damen und Herren, dass uns das noch eint.

Jetzt geht es aber um die Frage: Wie wollen wir diese beiden Ziele, wenn es um die Sicherheit der Menschen in diesem Land geht, erreichen? – Da beginnt meines Erachtens das Trennende, da beginnt das, was uns von der schwarz-gelben Vorgängerregierung unterscheidet. Ich werfe Ihnen jetzt ein Stichwort zu, Herr Kruse, auf das ich gleich zurückkommen werde. Ich gebe Ihnen ein, zwei Minuten Zeit, darüber nachzudenken:

(Zurufe von der CDU)

Bootcamps für Jugendliche. – Unser Stichwort lautet: Prävention. Oder anders gesagt: Wir handeln jetzt für die Zukunft Nordrhein-Westfalens.

Ich will Ihnen dafür gerne Beispiele an die Hand geben.

Wir stellen seit 2011 deutlich mehr Polizeibeamtinnen und -beamte ein: zuerst 1.400, in diesem Jahr 1.477, und der Haushaltsplanentwurf sieht 1.500 Einstellungen für das kommende Jahr vor. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass in Ihrer Regierungsverantwortung im Jahr 2006 ein Altersbericht der Polizei vorgelegt wurde, in dem zu lesen stand, dass, würden die Einstellungszahlen nicht sofort und drastisch erhöht, eine demografische Lücke auf uns zurollen würde.

Herr Dr. Orth, es mag ja sein, dass Sie entscheiden, in Ihrer Kanzlei nicht jetzt jemanden einzustellen, den Sie möglicherweise erst in zehn Jahren brauchen. Aber eine Organisation mit 45.000 Frauen und Männern, bei der wir heute einstellen müssen, um in zehn, 20 und 30 Jahren die notwendige Sicherheit in diesem Land gewährleisten zu wissen, mit der Einstellungspolitik Ihrer Kanzlei zu vergleichen, zeigt, dass Sie offensichtlich die Tragweite Ihres Handelns nicht ganz begriffen haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben eine personelle Lücke bei der Polizei von 2.500 Beamtinnen und Beamten durch zu wenige Einstellungen in Ihrer Regierungszeit zu verantworten.

(Christof Rasche [FDP]: Was war denn da vor?)

2.500 ist die schwarz-gelbe Lücke, die wir vor uns hertragen müssen.

Jetzt ergänze ich noch: Sie fordern, wie Kollege Stotko zu Recht herausgearbeitet hat, in den nächsten Jahren die Zahl der Polizeibeamtinnen und -beamten in diesem Land um weitere 1.600 abzubauen, wohl wissend, welche demografische Lücke auf uns zukommt.

Ich hätte nicht geglaubt, das sagen zu müssen, meine Damen und Herren von CDU und FDP, aber

Sie sind ein sicherheitspolitisches Risiko für dieses Land geworden!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Thomas Stotko [SPD]: Bravo!)

Herr Dr. Orth, ich will nicht auf das eingehen und nicht bewerten, was Sie alles, auch in meine Richtung, vorgetragen haben.

Sie haben gerade dazwischen gerufen: Das ist Fakt! – Sei es drum.

Aber eine nahezu dummliche Aussage darf hier nicht stehenbleiben. Sie haben gerade behauptet: Wenn man in Köln den Notruf wählt, ist da stets besetzt. – Herr Dr. Orth, zurzeit sitzt da Polizeihauptkommissar Markus Stinner als Dienstgruppenleiter mit zehn weiteren Beamtinnen und Beamten und nimmt Notrufe in der Stadt Köln entgegen.

(Beifall von der SPD)

Herr Dr. Orth, Sie können sich gerne davon überzeugen, dass jeder Anruf durchgestellt wird. Ich will Sie aber warnen: Wenn das aber geschieht, um dummlichen Schabernack mit der Polizei zu treiben, ist das – das wissen Sie als Jurist hoffentlich – strafbewehrt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Minister Jäger, darf ich Sie kurz unterbrechen? – Ich möchte gar nicht auf der Redezeit herumreiten. Sie dürfen ja so lange reden, wie Sie mögen, aber der Kollege Dr. Orth möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Wollen Sie diese zulassen?

**Ralf Jäger,** Minister für Inneres und Kommunales: Gerne.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Dr. Orth.

**Dr. Robert Orth (FDP):** Herr Minister, Sie haben gerade wunderbar ausgeführt, wie viele Beamtinnen und Beamte gerade in Köln sitzen, und haben sie namentlich benannt. Aber sind Sie auch bereit zu erklären, warum auf meine Abfragen hin landauf, landab in den einzelnen Kreispolizeibehörden die Aussage kam, dass Abertausende von Notrufen eben nicht angenommen wurden? Wie erklären Sie das den Menschen, die davon betroffen sind?

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Ralf Jäger,** Minister für Inneres und Kommunales: Das erkläre ich den Menschen so, wie ich es in der Antwort auf Ihre Kleine Anfrage versucht habe zu erklären. Ich glaube aber, dass die Menschen bereitwilliger sind als Sie, Tatsachen entgegenzunehmen. Die Anrufe gehen nicht verloren, Herr Dr. Orth,

sie werden weitergeschaltet. Diesen Unterschied müssen Sie einmal wahrnehmen. Wenn eine Leitstelle ausgelastet ist, erfolgt automatisch die Weiterleitung zur weiteren Leitstelle, bis dieser Anruf angenommen werden kann.

Herr Dr. Orth, das haben wir Ihnen weitreichend in der Antwort auf Ihre Kleine Anfrage erläutert, allerdings nicht bebildert, worunter wahrscheinlich die Verständlichkeit gelitten hat.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, neben dem Gebiet „Polizei“, bei dem wir gesagt haben, dass wir da die Gemeinsamkeit brauchen, brauchen wir diese Gemeinsamkeit auch im Bereich des Feuerschutzes. Wir legen beispielsweise ein Projekt von über 10 Millionen € auf, um Warnsysteme vor Ort zu installieren. Wir kümmern uns aktiv darum, dass das wichtige Ehrenamt in der Freiwilligen Feuerwehr erhalten werden kann. Denn wir wissen, dass diese hoheitliche Aufgabe des Brandschutzes nur gewährleistet werden kann, wenn Menschen in ihrer Freizeit dies erledigen. Das ist nicht hoch genug wertzuschätzen. Deshalb haben wir dieses Projekt aufgelegt.

Ich bin übrigens dem Landesgesetzgeber auch dankbar, wenn er hoffentlich gleich mit großer Mehrheit beschließen wird, dass wir eine ordentliche Ausstattung bei der Polizei haben werden.

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Herr Minister Jäger.

**Ralf Jäger,** Minister für Inneres und Kommunales: Nein, jetzt komme ich wirklich zum Ende, Herr Präsident. Jetzt keine Zwischenfrage mehr.

Ich danke ausdrücklich dem Landesgesetzgeber dafür, dass er ausreichend Mittel für die Umsetzung des Digitalfunks in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt hat, dafür, dass unsere Polizei modern ausgestattet ist, ohne überbordend ausgestattet zu sein. Ich glaube, es ist für die Sicherheit in diesem Land wichtig, dass wir nicht nur genügend Polizeibeamtinnen und -beamte auf der Straße haben, sondern dass die ihren Job mit ausreichend gutem Material wahrnehmen können. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Daniel Düngel:** Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Ich teile dem Hohen Haus mit, dass die Landesregierung die Redezeit um gut zwei Minuten überzogen hat. Ich gucke ins Rund, ob noch jemand einen „Nachschlag“ haben möchte. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit sind wir am Schluss der Aussprache zu diesem Einzelplan.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar zunächst über den Einzelplan 03. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/4403, den Einzelplan 03 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung Folge leisten? – SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist gegen diese Beschlussempfehlung? – CDU-Fraktion, FDP-Fraktion, Piratenfraktion, der fraktionslose Abgeordnete Stein. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 03 in zweiter Lesung angenommen.**

Wir stimmen über den Antrag der Piratenfraktion Drucksache 16/4438 ab. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/4438** an den **Innenausschuss – federführend** – sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** zur **Mitberatung**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ist jemand gegen diese Überweisungsempfehlung oder möchte sich enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Überweisungsempfehlung entsprechend angenommen.

Ich rufe nunmehr auf:

### **Einzelplan 13 Landesrechnungshof**

Ich weise Sie hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/4413.

Meine Damen und Herren, eine Aussprache zu diesem Einzelplan ist nicht vorgesehen, sodass wir unmittelbar zur Abstimmung über den Einzelplan 13 kommen können. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/4413, den Einzelplan unverändert anzunehmen. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung Folge leisten? – Das sind alle fünf Fraktionen des Landtags und der fraktionslose Abgeordnete Stein. Enthält sich jemand oder stimmt jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 13 in zweiter Lesung einstimmig angenommen.**

Ich rufe auf:

### **Einzelplan 01 Landtag**

Ich weise Sie hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/4401.

Meine Damen und Herren, auch hier ist eine Debatte heute nicht vorgesehen. Gleichwohl gibt es eine angemeldete Erklärung zum Abstimmungsverhalten durch den Abgeordneten Marsching. Gemäß § 47